

15/13 Die Judenmission in Israel

Gruppen der ‚Chever Hapeilim‘ — einer ultra-orthodoxen Vereinigung aus dem ‚Lager der Tora‘, deren Mitglieder überwiegend der Agudat Yisrael [s. o. S. 63] angehören — drangen am 9. 9. 1963 in christliche Schulen in Israel ein und richteten auch Sachschaden an. Dies geschah in Jerusalem in der Schule französischer Ordensschwwestern von St. Joseph, in Jaffa in der schottisch-presbyterianischen Schule St. Tabitha und in Haifa in der amerikanisch-europäischen Beth-El-Missionsschule. Die Schuldigen, jugendliche Jewischa-Schüler¹, wurden mittlerweile vor Gericht gestellt². Diese Vorfälle erregten in der Welt Aufsehen und in allen Kreisen der israelischen Bevölkerung große Entrüstung und schärfste Verurteilung. Das gesamte israelische Kabinett hat diese Ausschreitungen einmütig verurteilt, der Religionsminister, dessen national-religiöser Partei einige der verurteilten Täter angehörten, sprach sein Bedauern über die Vorfälle aus. Der Ministerpräsident Levi Eschkol gab am 10. 9. 1963, am Tage nach diesen Zwischenfällen eine Erklärung ab, daß die Regierung diese Erscheinungen als äußerst ernst ansehe und sie verurteile, da sie gegen das Gesetz und die öffentliche Ordnung verstießen. Die Regierung werde die ihr zur Verfügung stehenden Mittel ergreifen, um die für diese bedauerlichen Vorfälle Verantwortlichen vor Gericht zu stellen und eine Wiederholung zu vermeiden³.

Zum Verständnis der damit verbundenen Zusammenhänge entnehmen wir mit Einverständnis der ‚Herder-Korrespondenz‘ (XVIII/1) vom Oktober 1963, S. 18 ff., leicht gekürzt den folgenden Beitrag:

Die christliche Missionstätigkeit unter den Juden im Staate Israel hat schon immer den Unwillen weiter Kreise der jüdischen Bevölkerung erregt. Besonders aber während der letzten Jahre gibt es neben der stillschweigenden Ablehnung eine organisierte Agitation der religiösen Parteien, d. h. des orthodoxen Judentums, die während des letzten Jahres zu unerfreulichen Spannungen zwischen den Kirchen und der israelischen Regierung führte.

Die jüdische Ablehnung der christlichen Missionstätigkeit unter den Juden ist nicht nur von einem quasi natürlichen Selbsterhaltungstrieb der jüdischen Religions- oder Volksgemeinschaft her zu verstehen. Es gibt ein in Jahrhunderten gewachsenes „Missionstrauma“, das auch heute noch jede objektive Erörterung des Themas Judenmission illusorisch macht. Bis zum Ende des 19. Jahrhunderts waren schließlich alle Judenverfolgungen im christlichen Abendland wenigstens nach außen hin Religionsverfolgungen mit dem ausgesprochenen Ziel, die Juden zur Annahme des Christentums zu zwingen. Jedem Versuch göttlicher Bekehrung durch Zeugnis und Predigt konnte jederzeit der Zwang durch wirtschaftliche Repressalien, Vertreibung oder Tötung folgen. Schlimmer noch wurde die religiöse Vergewaltigung, die Zwangstaufe Erwachsener und die Entführung von Kindern, empfunden. Unter den ost- und mitteleuropäischen Juden gibt es auch heute noch viele Zeugen und Opfer eines religiös motivierten christlichen Antisemitismus. Es ist daher nur zu verständlich, daß man in manchen Kreisen selbst ein Gespräch mit den Christen ablehnt, weil man auch darin nur eine Bekehrungsabsicht vermutet, die sich in Ermangelung anderer Möglichkeiten friedlich oder gar judenfreundlich zeigt.

Eine aktive Judenmission wird eigentlich nur von den protestantischen Kirchen betrieben. Eine organisierte katholische Judenmission in Israel gibt es nicht mehr. Es werden zwar Konvertiten aufgenommen, und man bemüht sich nach Kräften, auch jüdische Konvertiten und christliche Angehörige von Mischehen (vgl. Herder-Korrespondenz 7. Jhg., S. 457 f., und 12. Jhg., S. 166 f.) in die Seelsorge einzubeziehen [s. FR XIV, 53/56 S. 18 f. Anm. d. Red. d. FR]. Es gibt jedoch keine organisierte katholische Glaubenspropaganda. Allerdings können Bemühungen um liturgische Formen in der hebräischen Landessprache und Ansätze einer kirchlichen hebräischen Literatur als Glaubenspropaganda ausgelegt werden. Die Kirche kann auch niemanden abweisen, der guten Glaubens Christ werden will. Der Außenstehende wiederum vermag nur zu

sehen, daß es hin und wieder Juden gibt, die getauft werden, und bedenkt dabei meistens nicht einmal, daß in Israel im allgemeinen doch einiger Glaubensmut zu diesem Schritt gehört.

Die in dem jungen Staat noch mangelhafte soziale Fürsorge zwingt manche dazu, in ihrer Not die (in Wirklichkeit sehr wenigen) caritativen Einrichtungen der christlichen Kirchen in Anspruch zu nehmen, denen oft nachgesagt wird, daß sie diese Hilfe nur solchen Personen gewähren, die Sympathien für das Christentum wenigstens heucheln. Der in jüngster Zeit oft erhobene Vorwurf, die Missionen würden die soziale Not mancher Familien ausnützen, um Proselyten zu machen, ist beinahe unsinnig. Die in der Phantasie des Außenstehenden fast unbegrenzten finanziellen Mittel der einzelnen Missionsinstitute sind in Wirklichkeit sehr gering. Wenn eine Missionsschule nun z. B. Kinder einer alleinstehenden Mutter aufnimmt, und dies bei Zahlung eines eher symbolischen Schulgeldes, so hilft sie gerade dort, wo die Mittel der jüdischen Institutionen meistens nicht hinreichen. Es ist bisher noch kein Fall bekannt geworden, daß irgendwo versucht wurde, auf diese Kinder oder deren Eltern einen unmittelbaren religiösen Einfluß oder gar Zwang auszuüben.

Neben den Missionsinstituten der großen Kirchen gibt es aber auch die Missionen verschiedener christlicher Sekten, deren Bekenntnis- und Bekehrungseifer bei Juden und Christen keine Grenzen kennt. Es gibt zudem auch missionarische Freibeuter, deren Existenz und Wohlergehen zuweilen von wirklichen oder nur vorgetäuschten Missionserfolgen abhängt, die zur privaten Werbung und Spendensammlung dienen müssen. Solche sind wohl unter Umständen bereit, einen bestimmten, meistens sehr niedrigen Preis zu bezahlen, und so, wie es immer Menschen geben wird, die, einmal in materielle Not geraten, kriminell werden, so wird es wohl auch solche geben, die um eines Gewinnes willen ihre Religion ändern. Diese missionarische Freibeuterei fällt selbstverständlich auf alle Kirchen zurück; denn der größte Teil der Bevölkerung vermag kaum zwischen den christlichen Bekenntnissen, geschweige denn zwischen freiwerbenden Missionaren und Kirchen zu unterscheiden.

Der Keren Jaldenu

Die Ablehnung christlicher Missionstätigkeit unter den Juden in Israel ist zwar allgemein, doch gibt es nur von seiten der jüdischen Orthodoxie eine organisierte Abwehr. Hier tritt besonders der Keren Jaldenu (Kinderfonds) hervor, dessen Aufgabe die Rettung jüdischer Kinder vor den „verderblichen“ Einflüssen der christlichen Mission ist (vgl. Herder-Korrespondenz 12. Jhg., S. 166 ff.). Bei dieser sehr undurchsichtigen Organisation muß man unbedingt Zweck und Mittel unterscheiden. Es ist die selbstverständliche Pflicht eines jeden Juden, andere Juden vor dem Abfall zu bewahren. Wenn der Keren Jaldenu durch seine soziale Tätigkeit verhindern will, daß jüdische Kinder in christlichen Schulen oder Heimen untergebracht werden, so ist dies durchaus zu begrüßen. Der Keren Jaldenu braucht zu diesem Zweck aber Geld und öffentliche Unterstützung. Die Sammeltätigkeit wiederum ist mit einer Propaganda verbunden, die unmittelbar gegen die Tätigkeit der Missionen gerichtet ist. Diese Propaganda zeichnet sich oft durch phantastische Übertreibungen aus. Man stellt den Missionen, z. B. Kinder von Eltern zu kaufen, und berichtet, daß solche Kinder nur gegen ein „Lösegeld“ wieder freigegeben werden. In Wirklichkeit wurde hier die Forderung nach rückständigem Schulgeld als Erpressung deklariert, gegen die man doch zu jeder Zeit die Gerichte anrufen könnte. Es hat bisher wenig genutzt, daß derartige Vorwürfe in der Öffentlichkeit immer wieder widerlegt wurden, sie werden auch jetzt noch erhoben, nachdem ein unabhängiges jüdisches Komitee festgestellt hat, daß die vom Keren Jaldenu veröffentlichten Berichte unwahr sind.

Die Verleumdungen des Keren Jaldenu könnten eher hingenommen werden, wenn nicht zu gleicher Zeit eine offensichtliche Verbindung zwischen dieser Organisation und dem Religionsministerium bestünde, welches in der Regel von orthodoxen Ministern verwaltet wird. Der Keren Jaldenu figuriert

¹ Eine talmudische Schule. Vgl. o. S. 65¹.

² 104 solcher Jugendlichen sind in Jerusalem angeklagt, in Haifa wurden

³ Teilnehmer, jeder zu einer Geldstrafe von I.L. 750,— oder zu 60 Tagen Gefängnis verurteilt (lt. ‚Jerusalem Post‘ vom 8. 11. 1963).

⁴ In: ‚The Israel Digest‘, Jerusalem (VL/20) vom 27. 9. 1963. p. 7.

Bericht über die 15. Studententagung des Deutschen Evangelischen Ausschusses für Dienst an Israel über Kirche und Judentum vom 25. Februar bis 1. März 1963 in Recklinghausen

Von Professor Dr. Harder/Berlin

Mit freundlichem Einverständnis der Schriftleitung bringen wir den folgenden Bericht aus „Junge Kirche“ (24/6) Dortmund, 2. Juni 1963 S. 314 ff.

Die zweifellos interessanteste Begebenheit auf dieser Tagung, deren rund 100 Teilnehmer von der Stadt Recklinghausen ungemein gastlich und mit viel Verständnis aufgenommen wurden, war das Auftreten des Studentenrabbiners Dr. Rubenstein aus Amerika. Sein öffentlicher Vortrag, „Die Bedeutung der Tora in der gegenwärtigen jüdischen Theologie“ und sein spezieller Vortrag zum Thema der Tagung,

im Etat dieses Ministeriums ähnlich wie andere religiöse Institutionen, wird also aus öffentlichen Mitteln unterstützt. Die israelische Regierung ist daher zumindest mittelbar für diese Organisation verantwortlich. Nur darf man es mit dieser Verantwortlichkeit nicht sehr genau nehmen. Die gemäßigte sozialistische Regierung hat zwar für die Missionen nur wenig übrig und würde es gern sehen, wenn deren Tätigkeit sich auf die arabische Bevölkerung beschränkte, sie ist aber gewillt, diese wenigstens aus außenpolitischen Rücksichten zu dulden. Sie muß es wiederum aus Koalitionsrücksichten hinnehmen, daß das Religionsministerium die antimissionarische Propaganda indirekt unterstützt. Die Stellungnahme eines Teiles der israelischen Presse gegen diese offensichtliche Zweckentfremdung öffentlicher Mittel ist aber keineswegs als eine Sympathieerklärung für die Missionen, sondern als Teil der religiösen Auseinandersetzungen innerhalb des israelischen Judentums zu verstehen (vgl. Herder-Korrespondenz 12. Jhg., S. 31 ff.).

Sehr viel schwerer sollte eigentlich die soziale Auswirkung der Tätigkeit des Keren Jaldenu wiegen. Die Mittel dieser Organisation reichen nun einmal nicht für eine allgemeine soziale Betreuung aus. Da man bestenfalls dort hilft, wo die Gefahr besteht, daß die Hilfe christlicher Institutionen in Anspruch genommen wird, bietet der Keren Jaldenu faktisch einen Anreiz zur moralischen Erpressung. Diese Gefahr ist zwar in weiten Kreisen erkannt worden, doch blieb die öffentliche Kritik hier offenbar ohne Erfolg.

Die Erklärung der christlichen Kirchen

Die Agitation der jüdischen Orthodoxie führte im letzten Winter und Frühjahr auch zu Interpellationen im Parlament. Die Verquickung des Missionsproblems mit der Außenpolitik des Landes erwies sich hier besonders störend. Die Regierung hat einerseits nicht den Mut, ihre tatsächliche Meinung über die Tätigkeit der Missionen auszusprechen, andererseits haben gewisse Gruppen unter den Missionaren versucht, einen privilegierten Status für sich in Anspruch zu nehmen, was die israelische Öffentlichkeit wohl nicht zu Unrecht erregte.

Nach verschiedenen Einzelprotesten der Kirchen, die von der israelischen Presse nur zögernd veröffentlicht wurden, haben am 18. Juli 1963 die christlichen Religionsgemeinschaften in Israel (Katholiken, Orthodoxe, Anglikaner, Baptisten, Lutheraner, Presbyterianer u. a.)¹ eine gemeinsame Erklärung abgegeben, die der Regierung und anschließend der Presse überreicht wurde. In dieser Erklärung wird vor allem der Vorwurf zurückgewiesen, daß die Missionen die schlechte ökonomische Situation bestimmter Bevölkerungsschichten ausnützten. Zu dem Vorwurf, die Missionen versuchten Juden ihrem Volke zu entfremden, heißt es: „... Wir sind überzeugt, daß ein Jude, der Christ wird, ein Glied seines Volkes bleibt, wie er es von Geburt ist.“

Die positiven Ziele der kirchlichen Missionen in Israel seien: „... den Gliedern der Kirche zu helfen, bessere Christen und Bürger zu werden, durch Gottesdienst, Freundschaft gegenüber allen und Teilnahme am öffentlichen Leben; zu bezeugen, daß Jesus die Quelle der Wahrheit und des Lebens der ganzen Menschheit ist“, und jene, die das Christentum kennenlernen wollen, zu informieren. Weiter heißt es: „... Wir begrüßen als Glieder unserer Kirchen jene, die aus eigenem freien Entschluß und aus ausschließlich religiösen Gründen aufgenommen werden möchten und die lange genug geprüft wurden, um ihre Ehrlichkeit zu beweisen und ihre Fähigkeit, Schwierigkeiten zu ertragen, die das Los jeder religiösen Minderheit sind.“ Die Unterzeichneten distanzieren sich ausdrücklich von jenen, die nicht im Geiste dieser Erklärung wirken (NCWC News Service, 22. 7. 1963).

Wir bringen anmerkungswise den vollen Wortlaut dieser Erklärung, die am 14. Juli 1963 von den Unterzeichneten den Presse- und Regierungsstellen in Israel zugeht¹.

¹ Der Text lautet:

Während der letzten Jahre haben israelische Zeitungen eine Reihe von Anschuldigungen gegen Christen in Israel gebracht wegen einer Haltung, die man „missionarisch“ im schlechten Sinne des Wortes nannte. Solche

Anschuldigungen waren oft die Folge lückenhafter Informationen, manchmal schienen sie aus böser Absicht heraus zu kommen, immer aber waren sie schmerzhaft für die, welche die Gewissensfreiheit anderer respektieren. Wir, die Unterzeichneten, erklären, daß unsere Gemeinschaften nicht „missionarisch“ in dem abschätzigen Sinn sind, den manche diesem Wort beilegen.

Wir nutzen die wirtschaftliche Lage eines israelischen Bürgers nicht aus: seine Armut, Arbeitslosigkeit, seine schlechten Wohnverhältnisse oder seinen Wunsch auszuwandern, um so eine Bekehrung zu erzielen. Denn in unseren Augen ist der Glaube von Seiten Gottes eine freie Gabe und von Seiten des Menschen eine Antwort ohne persönliche Vorteile. Wir ziehen keinen Vorteil, nur um jemanden zu bekehren, aus der negativen psychologischen Haltung, die einige Juden Israel gegenüber vielleicht haben, sei es, ob sie sich in Bitterkeit zeigt oder in dem Wunsch, ihrem Jude-Sein zu entrinnen; denn unserer Überzeugung nach bleibt ein Jude, der Christ wird, immer noch ein Glied seines Volkes, wie er es durch Geburt geworden ist.

In unseren Schulen, Krankenhäusern und anderen Institutionen wollen wir auf diesen Gebieten einen Dienst leisten. In ihnen üben wir keinerlei religiösen Zwang aus.

Unsere positiven Ziele sind:

1. Den Gliedern unserer Religionsgemeinschaften dazu zu verhelfen, bessere Christen und bessere Bürger zu sein.
2. Durch Gottesdienst, in Freundschaft allen gegenüber und durch loyales Teilnehmen am bürgerlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben der Nation zu bezeugen, daß Jesus für die gesamte Menschheit die Wahrheit und das Leben ist.

Durch Diskussionen, Gespräche und Literatur wollen wir die Fragen derer beantworten, die über das Christentum informiert werden möchten. Wir glauben deshalb dieses nicht verweigern zu dürfen, weil wir das Licht und die Freude unseres Glaubens teilen möchten.

Deshalb nehmen wir die als Glieder in unsere Kirchen auf, die aus freiem Willen und aus rein religiösen Motiven darum bitten und die in einer langen Probezeit bewiesen haben, daß sie es ernst meinen, nicht auf persönliche Vorteile bedacht und fähig sind, die Schwierigkeiten auf sich zu nehmen, die das Los jeder religiösen Minderheit sind.

Die vorstehende Erklärung gibt unserer Überzeugung und unserer tatsächlichen Lebenshaltung Ausdruck, der wir treu bleiben wollen. Die Unterzeichneten vertreten ihre Kirchen und distanzieren sich von jedweden Unternehmen, das einzelne oder Gruppen — anders als dem Geist dieser Erklärung nach — vielleicht betreiben.

Für die griechisch-katholische Kirche: Georges Hakim, griechisch-kath. Erzbischof von Nazareth, Haifa, Akko und ganz Galiläa; für die griechisch-orthodoxe Kirche: Isidor, griechisch-orthodoxer Metropolit von Nazareth; für die lateinische Kirche: P. G. Chiappero, Stellvertreter des lateinischen Patriarchen von Jerusalem [s. o. S. 70 f.]; für die anglikanische Kirche: A. C. MacInnes, Erzbischof in Jerusalem; für den Baptistenkonvent in Israel: Pastor R. Lindsey; für die lutherischen Kirchen in Israel: Pastor M. Solheim; für die Kirche des Nazareners: Pastor A. Wachtel; für die britische Pfingstkirche in Israel: Pastor A. Ransome; für das Komitee der Übersee-Abteilung der Kirche von Schottland: Pastor D. E. Huie. (Aus: *Lutherische Rundschau. Zeitschrift des Lutherischen Weltbundes* (13/4), Genf, Oktober 1963. S. 524 f.) — Es sei zugleich auf dieses ganze Heft hingewiesen, das gewidmet ist: „Die Kirche und das jüdische Volk.“ (EK. Skydsgaard: Israel, Kirche und die Einheit des Gottesvolkes —; Leonhard Goppelt: Israel und die Kirche, heute und bei Paulus; Jakob J. Petuchowski: Der christlich-jüdische Dialog aus jüdischer Sicht; H. D. Leuner: Neubeginnung zwischen Mission und Gespräch; Franklin Sherman: Abraham Joshua Heschel, ein Sprecher für den jüdischen Glauben.)